

Bernd Riexinger

## Menschen vor Profite. Vom Pflegenotstand zum Pflegeaufstand!

Streiks gegen Pflegenotstand zeigen Wirkung. Eine neue Kampagne der LINKEN soll den Druck verstärken

In der Pflege herrscht seit Jahren Notstand: Es fehlt an Personal. Gesundheit und Menschenwürde bleiben auf der Strecke, viele Pflegekräfte werden durch die Überlastung krank. Über Jahre hat die Bundesregierung die Augen vor den Zuständen in der Pflege verschlossen. Mittlerweile zeigen Aufklärung durch Gewerkschaften, Initiativen und DIE LINKE, besonders aber die Streiks und Proteste von Pflegekräften Wirkung: Merkel und die Große Koalition mussten handeln und mehr Geld für die Pflege bereitstellen, obwohl sie das lange nicht vorhatten. Die von der Großen Koalition beschlossenen Pflegeschlüssel für die Krankenhäuser reichen aber nicht aus, um den Pflegenotstand zu stoppen.

Noch dramatischer ist die Situation in der Altenpflege: Die Bundesregierung will dort gerademal 8.000 neue Stellen schaffen – das ist weniger als eine zusätzliche Pflegekraft pro Einrichtung. Damit pflegebedürftige Menschen endlich mehr Zuwendung bekommen können und die Pflegekräfte nicht durch Stress und Überlastung krank werden, braucht es dringend mehr Personal!

Jetzt heißt es daher für uns alle: am Ball bleiben, nicht locker lassen. Mit einer neuen Kampagne wollen wir als LINKE jetzt den Druck erhöhen und die Proteste von Beschäftigten, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen unterstützen. Unsere Forderungen sind klar:

### Der Kampf für mehr Personal in der Pflege

Die Pflege ist in Bewegung: Ob im Bund, einzelnen Städten, in der Gewerkschaft ver.di oder unserer Partei – immer mehr engagierte Kolleginnen und Kollegen organisieren sich und bringen sich in Stellung. DIE LINKE kämpft an ihrer Seite für eine Aufwertung der Pflegeberufe sowie für eine gesetzliche Personalbemessung – im ganzen Land.

Dazu in dieser Ausgabe Seiten 4 und 5



- **100.000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern** und eine verbindliche Mindestpersonalregelung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert.
- **40.000 zusätzliche Fachkräfte für Altenpflegeeinrichtungen** und eine verbindliche Mindestpersonalregelung. Dazu gehört: pro Schicht mindestens 50 % Fachkräfte!
- Gute Pflege braucht bessere Arbeitsbedingungen. Die Pflegekräfte haben mehr verdient als Dauerstress und Niedriglohn! Um mehr Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen, müssen die Ausbildung und vor allem Arbeitsbedingungen und Bezahlung verbessert werden. Wir fordern einen **Mindestlohn von 14,50 Euro für Pflegefachkräfte** und **höhere Löhne durch einen flächendeckenden und allgemeinverbindlichen Tarifvertrag.**

Wenn alle, denen die Pflege am Herzen liegt, sich beteiligen, können wir Menschenwürde und gute Versorgung, ausreichend Personal und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege tatsächlich durchzusetzen!

Los geht's mit bundesweiten Aktionen am 12.Mai, dem Tag der Pflege und einer Aktionswoche im Juni.

Bernd Riexinger ist Vorsitzender der Partei DIE LINKE





## ■ Zur Sache: Schöne neue Arbeitswelt

Von Jan Richter

Unsere Arbeitswelt besteht heute entweder aus entgrenzter Arbeit, Überstunden und massiver Arbeitsverdichtung oder aus Leiharbeit, Befristungen und Mini-Teilzeit. Die gute wirtschaftliche Lage trägt nicht dazu bei, dass die prekären Ränder kleiner werden. Es hat sich eine Zone der Unsicherheit zementiert. Das ist nicht akzeptabel. Die Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt ist aber keine zwangsläufige Entwicklung, sondern das Ergebnis neoliberaler Politik. Davon unbeeinträchtigt faseln Arbeitgeber und ihre Lakaien in der Politik von einem angeblich nicht mehr zeitgemäßen Arbeitszeitgesetz. Wir sollen noch flexibler werden. Die Arbeitswelt soll atmen.

Der Fakten-Check beim Statistischen Bundesamt zeigt, dass das Arbeitsvolumen in Deutschland zuletzt 2016 insgesamt 59,3 Milliarden Arbeitsstunden umfasst. Gleichzeitig wurden 1.729.000.000 Überstunden geleistet, eine Milliarde davon unbezahlt (IAB). Unsere Arbeitszeiten verändern sich, fast jede/r Vierte arbeitet heute am Wochenende, in den Abendstunden oder Schicht. Das ist Ausdruck von gesteigerter Flexibilität. Ein Drittel aller Betriebe und 84 Prozent der Großbetriebe haben Regelungen zu Arbeitszeitkonten. Vor allem Unternehmen passen so die Arbeitszeit der Beschäftigten an den betrieblichen Bedarf an. Flexibilisierungswünsche, die den Beschäftigten nützen, kommen in erster Linie Hochqualifizierten mit hohen Verdiensten zugute.

Unsere Lebenszeit unterliegt immer stärker dem Zugriff der Arbeitgeber, Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen. Die Bedürfnisse von Menschen ökonomischen Interessen

unterzuordnen, ist nicht gesund. Für Viele ist Flexibilität eine Einbahnstraße. Je nach Auftragslage arbeiten sie bis zum Umfallen oder müssen fremdbestimmt zu Hause bleiben. Unternehmerische Risiken werden auf Beschäftigte verlagert, deren Gesundheit und Privatleben bleiben dabei auf der Strecke. Wenn es um Zeitbedürfnisse der Menschen geht, ist Ehrlichkeit wichtig. Eine Debatte um Arbeitszeit macht gesellschaftlich nur Sinn, wenn sie nicht ausschließlich privilegierte Jobs zum Maßstab nimmt. Wir brauchen Vorschläge für Krankenpfleger, Industriemechaniker oder Busfahrer im Dreischichtsystem.

Gepaart mit Lohndumping und der Seuche der prekären Arbeit, liegt unserer Arbeitswelt eine Spaltung zu Grunde, die nicht mehr alleine durch betriebliche und tarifpolitische Auseinandersetzungen überwunden werden kann. Nicht nur Reichtum, sondern auch das Angebot an Erwerbsarbeit verteilt sich immer ungerechter. Allein das Arbeitsvolumen der Überstunden reicht aus, um über eine Million Vollzeitjobs zu schaffen. Bernd Riechinger hält es sogar für eine Schicksalsfrage der Gewerkschaften, den Kampf gegen prekäre Arbeit nicht auch auf politischer Ebene zu führen. Gute Arbeit erreicht man nicht, indem man Deregulierung und Flexibilisierung praktiziert und prekäre Beschäftigungsformen toleriert. DIE LINKE hat eine überzeugende Alternative zur herrschenden Politik. Kurze Vollzeit für alle, mit einem anständigen Tariflohn, unbefristet und mitbestimmt – kurz: Ein Neues Normalarbeitsverhältnis.

Jan Richter ist Bundessprecher der AG Betrieb & Gewerkschaft und aktiv in der LAG Berlin



Susanne Ferschl bei einer Streikkundgebung der IG Metall im Allgäu, Januar 2018

Susanne Ferschl

# Zeitfragen sind Machtfragen

An kollektiver Arbeitszeitverkürzung dranbleiben

Die Tarifabschlüsse der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und IG Metall haben das Thema Arbeitszeit verstärkt in die Öffentlichkeit gebracht und eine gesellschaftliche Diskussion entfacht. Die zentralen Fragen sind: Wie, wann und von wo wollen wir zukünftig arbeiten – und wer entscheidet das am Ende. Diese originäre gesellschaftliche Verteilungsdebatte wird derzeit von einem „ideologischen Generalangriff auf das klassische Verständnis vom Arbeitsrecht als einem Schutzrecht für Arbeitnehmer“ begleitet, wie der Arbeitsrechtler Rolf Geffken treffend feststellt. Obergrenzen von Arbeitszeiten und gesetzliche Ruhezeiten werden als Innovationsbremsen und als arbeitnehmerfeindlich verleumdet, um die Beschäftigten für die Forderungen von Arbeitgebern und Kapital empfänglich zu machen – entgegen ihrer eigenen Interessen. Besonders deutlich wird das am Mythos des starren Acht-Stunden-Tages, der täglich als Scheinargument für mehr Arbeitszeitflexibilisierung erhalten muss. Tatsächlich reicht ein Blick in das Arbeitszeitgesetz, um festzustellen, dass schon heute die Ausnahmen vom Gesetz mehr Seiten füllen, als der Gesetzestext selbst und Arbeitgeber auf eine ganze Fülle von Arbeitszeitmodellen zurückgreifen könnten. Deutschland ist das Land mit der höchsten Arbeitszeitflexibilität Europas und genau hier soll der Kollaps drohen, wenn Beschäftigte ihren Bosen keinen größeren Zugriff auf ihre Arbeitszeiten gewähren?

Auch die oft zitierte Ansicht, ein erfolgreicher digitaler Wandel in der Arbeitswelt wäre nur mit einer weiteren Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes möglich, hält einem genaueren Blick nicht stand. Der digitale Wandel ist in erster Linie ein technologischer, der mit massiven Produktivitätszuwächsen einhergeht. Warum wird hier eigentlich nicht die Frage diskutiert, ob wir mit diesen Gewinnen zum Wohl

aller auch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung umsetzen wollen? Ganz einfach: Der digitale Wandel wird in der Arbeitszeitdebatte lediglich als betriebswirtschaftliches Argument benutzt. Anstatt die hohen Profite in die Zukunftsfähigkeit ihrer Betriebe zu investieren, fordern die Arbeitgeber einen größeren Zugriff auf die Arbeitszeit ihrer Beschäftigten. Wohlgemerkt: zur Sicherung der Aktionärsdividende, nicht für mehr selbstbestimmte Arbeitszeit der Beschäftigten!

Diese Beispiele zeigen, dass die Arbeitszeitfrage nicht in einem luftleeren, herrschaftsfreien Raum diskutiert wird und dass es an uns ist, sich für selbstbestimmte kürzere Arbeitszeiten zusammenzuschließen und dafür zu streiten. Arbeitszeit ist und bleibt auch ein Kampfplatz in der großen Frage von gesellschaftlicher Verteilung und gehört, bei allen Erfolgen der vergangenen Tarifabschlüsse von EVG und IG Metall, auch auf die Agenda der Politik, denn eins ist sicher: Wird das Fundament einer gesetzlich geregelten Arbeitszeit aufgeweicht, kommt das ganze Haus ins Wanken. Daher bleibt es unsere Aufgabe als linke Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, neben einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung auf tariflicher Ebene auch für eine konsequente Regulierung auf gesetzlicher Ebene zu kämpfen. DIE LINKE ist nach wie vor die einzige Partei, die sich für eine Reduzierung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit für alle Beschäftigten sowie die Ausweitung von Mitbestimmungsrechten für Betriebs- und Personalräte einsetzt. Lasst uns gemeinsam an diesem Ziel dranbleiben!



Susanne Ferschl ist Vizevorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Sprecherin für Gute Arbeit



# „Man wollte uns abstrafen“

**D**ie Tourismus-Branche boomt. Die Beschäftigten darin werden mit Hungerlöhnen abgespeist und arbeiten oft unter extremen Bedingungen. Gewerkschaften gelingt es selten, dort Fuß zu fassen. In einem Berliner Hostel aber kämpfen Beschäftigte für einen Tarifvertrag. Wir sprechen mit Raphael, Ruth und Milenko, die dort im Betriebsrat und in der NGG-Gewerkschaftsgruppe sind.

## Wer arbeitet bei euch?

Eine internationale Belegschaft. Viele sind kürzlich nach Berlin gezogen und sprechen kaum Deutsch. Hier arbeiten aber auch Leute aus Berlin. wombat's gibt sich jung und ungezwungen: Flache Hierarchien oder Feierabendbier mit Gästen in der hauseigenen Bar. Aber eben auch Gehälter knapp über Mindestlohn, Unterschreitung gesetzlicher Ruhepausen und Unterschlagung von Urlaubsansprüchen der Minijobber.

## Wie seid ihr zur Gewerkschaft gekommen?

Im Sommer 2015 haben wir einen Betriebsrat gegründet. Als Signal an BR-lose wombat's-Häuser, verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen in Berlin; z.B. wurden die Löhne für Neue auf Mindestlohn abgesenkt. Wir haben dann auf die Möglichkeit hingewiesen, mit Hilfe der verantwortlichen Gewerkschaft NGG eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle zu erzielen. Zur BR-Gründung hatten wir Kontakt zur NGG und das Gremium ist recht bald eingetreten.

## Hat ein Schlüsselereignis die breite gewerkschaftliche Organisation befördert?

Im August 2016 hat der Arbeitgeber unsere Absetzung beantragt, weil wir eine Betriebsversammlung zu wenig abgehalten haben. Unterstützt von ca. 40% der Belegschaft, die auf einer beigefügten Liste unterschrieben hatten.



Zweiter Warnstreiktag am 8.12.2017

Es stellte sich heraus, dass ein Großteil nicht wusste, was sie da unterschrieben. Kaum einem war klar, dass sie ein Gerichtsverfahren gegen uns unterstützen, die meisten fühlten sich reingelegt. Dieser Zeitpunkt markierte eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem BR und mit der Haltung unseres Arbeitgebers und politisierte einige Teile unseres Kollegiums.

## Seitdem habt ihr zwei Mal gestreikt. Hattet ihr Unterstützung und wie kam es dazu?

Organisiert wurden die Streiks selbstverständlich von der NGG. Die Forderung nach Anschluss an den Flächentarifvertrag lag dem Arbeitgeber im August 2017 vor. Dieser teilte mit, man sehe keine Notwendigkeit zur Aufnahme von Tarifverhandlungen. Daraufhin beschloss eine Mitgliederversammlung im November, Arbeitskämpfmaßnahmen einzuleiten. Der erste Streik Anfang Dezember hatte großen Zulauf; auch Kolleg\*innen, die keine NGG-Mitglieder sind, haben sich damals beteiligt.

## Und wie hat euer Arbeitgeber auf den Streik reagiert?

Bereits nach einer Stunde bekamen alle Hausverbot. Allen Teilnehmenden wurden Abmahnungen erteilt, in denen bei erneutem Streik mit fristloser Kündigung gedroht wurde. Die Beteiligung war dann am zweiten Streiktag trotzdem beeindruckend. Es folgten zwei Kündigungen, die vor Gericht keinen Erfolg hatten.

## Ihr wollt einen Tarifvertrag. Was ist euch wichtig, was sind eure konkreten Ziele und wo steht ihr derzeit?

Wir wollen an den Flächentarifvertrag fürs Hotel- und Gaststättengewerbe in Berlin angeschlossen werden, die Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessern und eine Gleichstellung der hier Beschäftigten mit denen im Hotelgewerbe erreichen. Die Tarifverhandlungen mit unserem Arbeitgeber wurden eigentlich am 21.03.2018 abgeschlossen. Allerdings zögert dieser die Unterschrift hinaus. Wir sind uns deshalb grad nicht so sicher, ob wir nicht doch wieder auf die Straße müssen.

## Hat sich denn eurer Arbeitgeber mittlerweile mit dem Betriebsrat abgefunden?

Ach, es gibt die ganze Zeit bis heute Spaltungsversuche. Von einigen Annäherungsversuchen abgesehen, ist man uns konstant mit dem Versuch begegnet, die Belegschaft zu teilen und uns zu diskreditieren. Unsere Antwort darauf ist Transparenz: Zweisprachiges Infomaterial, alle kriegen BR-Newsletter und unsere Tür steht jedem offen.

## Was gibt ihr Kolleginnen und Kollegen mit auf den Weg, die sich auch wehren wollen?

Egal mit wem wir über unsere Erlebnisse reden, fast alle können über ähnliche Arbeitsbedingungen berichten. Unsere beste Chance, diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen, scheint uns die gewerkschaftliche Organisation.

Das Interview führte Olaf Klenke von der Berliner LAG Betrieb & Gewerkschaft

### Buchempfehlung



Jana Seppelt, Reinhold Niernerg u.a.  
**Der Aufstand der Töchter**  
Botanischer Garten Berlin: Gemeinsam staatlich organisierte prekäre Beschäftigung überwinden, VSA Verlag

Beschäftigte aus dem Berliner Botanischen Garten und anderen Bereichen wehren sich gegen systematische Tariffucht und das Outsourcing in Verantwortung der öffentlichen Hand. Der Widerstand der Beschäftigten am Botanischen Garten ist exemplarisch.

## Kalle Kunkel

# Zwischenstand erreicht an der Tochter der Charité, der Charité Facility Management (CFM)

**I**n dem jahrelangen Tarifstreit zwischen ver.di und der CFM gibt es eine Einigung. ver.di und CFM haben sich auf eine Vereinbarung verständigt, nach der die CFM rückwirkend ab Dezember 2017 einen Grundlohn von 11 Euro/Stunde bezahlt. Dies bedeutet für ca. 1.600 Beschäftigte in den unteren Gehaltsgruppen Gehaltssteigerungen zwischen 10 und 16 Prozent.

In den Verhandlungen war zuletzt die Laufzeit der Regelung umstritten. Mit der nun zustande gekommenen Vereinbarung werden Verhandlungen über die weitere tarifliche Entwick-

lung spätestens ab dem 1. Juli 2019 wieder möglich.

Die Einigung ist ein Erfolg für die Beschäftigten, die seit 2016 an der Charité gekämpft haben. Sie zeigt, dass es sich lohnt, solidarisch für die eigenen Interessen einzustehen. Die Kolleginnen und Kollegen betrachten die Einigung klar als Zwischenlösung. Nachdem wir gezeigt haben, dass kämpfen sich lohnt, wollen wir die Zeit bis Mitte 2019 nutzen, um auch mit den Beschäftigten ins Gespräch zu kommen, die sich bisher nicht aktiv in die Auseinandersetzung eingebracht haben.

Die Härte und die Länge der Auseinandersetzung zeigt aber auch: Eine wirkliche Lösung wird es nur geben, wenn das Land Berlin das Outsourcing zum Zweck der Tariffucht beendet und damit ein politisch geschaffenes Problem politisch löst.



Kalle Kunkel, Gewerkschaftssekretär

# Mehr Personal in Pflege und Gesundheit

# Nähe

## DIE LINKE.



Florian Stender

## 30.000 Unterschriften in drei Wochen – Hamburg will den Volksentscheid!

**D**as Pflegebett, das am 29. März über den Hamburger Rathausmarkt rollte, war voll beladen. Fünfzehn schwere Aktenordner mit knapp 30.000 Unterschriften führen darin der Hamburger Bürgerschaft entgegen, geschoben von Pflegekräften, PatientInnen, ÄrztInnen und ihren UnterstützerInnen.

Das Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus hat nur drei Wochen nach Beginn der Volksinitiative die erste Hürde für eine gesetzliche Personalbemessung übersprungen wie ein Stabhochspringer einen Gartenzaun. 10.000 Unterschriften hätten gereicht! Doch die Menschen hatten Schlange gestanden vor den Listen und fast jeder hatte eine Geschichte zu erzählen, warum sich endlich etwas ändern muss an der Personalsituati-



on in den Krankenhäusern. Dass die Pflege sich am Bedarf orientieren muss und nicht am Profit, finden nicht nur die vielen aktiven UnterstützerInnen des Bündnisses. Beim Sammeln in den sehr unterschiedli-

chen Stadtteilen Hamburgs verfestigte sich vielmehr der Eindruck, dass diese Haltung in Hamburg durchaus Konsens ist.

Den Hinweis des Hamburger Senats auf kommende Bundesregelungen unter Jens Spahn, quittieren die Hamburger denn auch mit einem klaren „Ja“ zum Volksentscheid für eine Hamburger Lösung. Denn was es bedeutet, wenn die Pflege der „betriebswirtschaftlichen Verantwortung“ (Spahn) überlassen wird, davon können viele PatientInnen und Pflegekräfte viele traurige Lieder singen.

Eine bedarfsgerechte, gesetzliche Personalbemessung muss bundesweit kommen. Aber Hamburg will vorangehen.

Florian Stender ist ver.di Mitglied aus Hamburg

Michael Quetting

## Wer ist nachts schon gern allein?

**D**ie Pflegekräfte der SHG-Kliniken im saarländischen Völklingen arbeiten jetzt nachts nicht mehr allein – das erklärten die Verhandlungspartner und präsentierten damit das erste Ergebnis der Verhandlungen über Entlastung, die ver.di seit Spätherbst 2017 führt. Ein wichtiges Signal an alle anderen Krankenhäuser der Republik, die Alleinarbeit in der Nacht endlich zu beenden. Auch die saarländische Gesundheitsministerin Monika Bachmann war vor Ort dabei.

Auch sonst hört man einiges aus dem Saarland. Da gewannen die Stationsteams der „Wilden Sieben“ an der Uniklinik in Homburg und auf der Intensiv im Kreiskrankenhaus St. Ingbert zwei Ultimativen. Jeweils wurde mehr Personal durchgesetzt.

Ansonsten stocken die Verhandlungen. Die Gespräche mit den katholischen Häusern sind seit Sommer 2017 beendet, immerhin gelang es ver.di, als ersten katholischen Betrieb das Krankenhaus in Ottweiler an zwei Tagen in den Streik zu führen und damit Geschichte zu schreiben. Auch die vor der Landtagswahl geschlossene Prozessvereinbarung mit der Uniklinik wird nicht mehr umgesetzt. Die Tarifkommission stellte das Scheitern der Verhandlung fest. Nun bereitet sich die Betriebsgruppe auf eine harte Auseinandersetzung vor. Auch in Düsseldorf, Essen und an der Charité stehen die Zeichen auf Sturm. Nachdem in Baden-Württemberg im März ein Durchbruch zu einem „TV Entlastung auf Bewährung“ gelang, will man im saarländischen Homburg der Uniklinik im Zeitraum der ersten 100 Tage der Bundesregierung (bis 22.Juni) noch eine Chance geben, endlich den Einstieg in Entlastung vorzunehmen. ver.di ist es gelungen in der Frage des Pflegenotstandes die Hegemonie zu erlangen. Regierung und Arbeitgeber bestätigen die Problemlage und doch ändert sich wenig. Wir machen weiter, keine Frage. Seid dabei.



Michael Quetting ist ver.di Gewerkschaftssekretär im FB 3



## Krankenhäuser in der Auseinandersetzung um Entlastung

Die Auseinandersetzung um Entlastung findet in verschiedenen Formen statt. Beschäftigte aus Hunderten Krankenhäusern haben sich im letzten Jahr an Aktionen an Aktionstagen wie „Zeit für Händedesinfektion“ oder „Pausemachen“ vor der Wahl, der Aktion „Versprechen halten“ nach der Wahl beteiligt. Zurzeit läuft die Aktion „Das Soll ist voll“, mit der Beschäftigte ihren Personalbedarf selbst errechnen.

In einigen Häusern, wie z.B. in verschiedenen Helios-Kliniken, nutzen die betrieblichen Interessenvertretungen ihre Mitbestimmungsrechte offensiv, um Betriebsvereinbarungen zu Personalschlüsseln, verlässlichen Dienstplänen und Einhaltung von Pausen zu erzwingen. Auf einigen Stationen, wie der „Wilden 7“ an der Uniklinik Homburg oder im Krankenhaus St. Ingbert im Saarland, erzwingen Kolleg/innen durch sogenannte Ultimaten bessere Personalschlüssel.

Tarifaussinandersetzungen gibt es aktuell vor allem an Unikliniken. In Baden-Württemberg haben die vier Unikliniken durch erfolgreiche Warnstreiks und die Ankündigung weiterer massiver Arbeitsniederlegungen einen „Tarifvertrag auf Bewährung“ erzwungen. Mit kurzer Kündigungsfrist soll der Arbeitgeber gezwungen werden, die vereinbarten Verbesserungen auch wirklich umzusetzen. Denn das „Konsequenzenmanagement“, d.h. was passiert, wenn Personal fehlt, ist ein wichtiger Knackpunkt. Über dieses wird auch an der Charité

in Berlin, dem Vorreiter in Sachen Entlastung per Tarifvertrag, weiterverhandelt. Hier sind Streiks nicht ausgeschlossen, falls kein Ergebnis erzielt wird. An der Uniklinik in Homburg steht ein Tarifvertrag dagegen noch aus, Beratungen zur Streikstrategie laufen.

Am härtesten kämpfen derzeit die Unikliniken Essen und Düsseldorf. Dort weigern sich die Arbeitgeber, gestützt von der Tarifgemeinschaft der Länder, in Verhandlungen einzutreten. In Düsseldorf wurde als Reaktion auf die Mobilisierung sogar ein neues Arbeitszeitmodell eingeführt, das die allermeisten Kolleg/innen als noch belastender empfinden. Durch Warnstreiks haben die Beschäftigten inzwischen eine Mediation erzwungen, die zurzeit läuft. Ob dies ein positives Ergebnis erzielt, ist offen, falls nicht, geht die Auseinandersetzung weiter.

Spannend bleibt, ob andere Unikliniken sich in diese Auseinandersetzung einklinken.

Insgesamt zeigt sich, dass die Streiks im letzten Jahr erheblich dazu beigetragen haben, den politischen Druck zu erhöhen. Während dieser nun aber in den Untiefen der GroKo zu versickern droht, braucht es in den Betrieben einen langen Atem und noch mehr Durchsetzungskraft, um echte Entlastung zu erzwingen. Es wird weitere und härtere Tarifaussinandersetzungen brauchen, um deutlich zu machen: Um die Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, müssen vernünftige Arbeitsbedingungen für das Personal geschaffen werden.



Lucy Redler

## Berlin: Volksentscheid für Gesunde Krankenhäuser

Zum 1. Februar fiel der Startschuss der ersten Stufe der Volksentscheide. Das Berliner Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus sammelt seitdem Unterschriften für zwei wesentliche Forderungen:

Erstens für mehr Personal ins Krankenhaus durch feste Personal-Patienten-Schlüssel, denn in Berlin fehlen laut ver.di mindestens 3.000 Pflegestellen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum im Cockpit zwei Pilot\*innen vorgeschrieben sind, aber es keine Personalregelungen für Krankenhäuser gibt. Sowohl im Flugzeug als auch im Krankenhaus gilt: Mehr Personal kann Leben retten.

Zweitens sollen die Investitionen des Landes Berlin in die Krankenhäuser qualitativ erhöht werden. Die Resonanz ist großartig. Neben ver.di Berlin-Brandenburg unterstützen den Volksentscheid DIE LINKE Berlin, die EVG Berlin, die GEW Berlin, die Berliner Ärztekammer, der Marburger Bund Berlin-Brandenburg und politische Organisationen. Die Aktiven des Bündnisses glauben nicht daran, dass der Spitzenverband der GKV, die Deutsche Krankenhausgesellschaft und die Koalition aus SPD und CDU/CSU bedarfsgerechte Personalstandards auf Bundesebene einführen werden. Deshalb muss weiter Druck gemacht werden für eine gesetzliche Regelung auf Landesebene und die Tarifbewegung muss mit Streiks und Aktionen in den Betrieben fortgesetzt werden.

In der ersten Stufe sind 20.000 gültige Unterschriften nötig. Diese Anzahl hat das Bündnis bereits gesammelt. Trotzdem wollen die Aktiven bis Mitte Juni weiter sammeln, um den Druck zu steigern.

[volksentscheid-gesunde-krankenhaeuser.de/](http://volksentscheid-gesunde-krankenhaeuser.de/)



Lucy Redler, aktiv im Berliner Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus und beim Volksentscheid

### Was will die GroKo?

Lediglich Änderung bei Beitragsverteilung zwischen Arbeitgebern und Versicherten (zurück zur Parität)

- Keine Umverteilung zwischen reichen und armen Versicherten
- Keine Umverteilung zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen
- Keine Bürgerversicherung
- Private Krankenversicherung bleibt

8.000 neue Stellen für medizinische Behandlungspflege (für deutschlandweit 13.000 Einrichtungen)

### Was will DIE LINKE?

Solidarische Gesundheitsversicherung, d.h.

- Private Krankenversicherung abschaffen; keine Zwei-Klassen-Medizin
- Für Alle den gleichen umfassenden Krankenversicherungsschutz
- Abschaffung Beitragsbemessungsgrenze
- Kapitaleinkommen zur Finanzierung heranziehen
- Parität

Mind. 30.000 Pflegekräfte werden zusätzlich benötigt – nicht nur für die medizinische Behandlungspflege sondern auch Altenpflege

Jan Richter

## GroKo redet über Mindestbesetzung und Finanzierung jenseits von Fallpauschalen

Die Kämpfe gegen die Ökonomisierung der Krankenhäuser wirken: Union und SPD haben sich auf eine gesetzliche Personalbemessung für den Pflegebereich und auch für die Finanzierung der Pflegepersonalkosten jenseits der Fallpauschalen verständigt. Das ist beachtenswert und geht auf das Konto der Vielen, die sich hier seit Jahren engagieren. Allerdings entzieht sich die GroKo der Aufgabe, die Personaluntergrenzen selbst zu bestimmen. Sie gibt das ab an die Deutsche Krankenhausgesellschaft und den Spitzenverband der Deutsche Krankenkassen und macht damit den Bock zum Gärtner – denn beide Verbände lehnen das bisher ab.

Ob die Absichtserklärungen aus dem Koalitionsvertrag unter einem Gesundheitsminister Spahn tatsächlich bedarfsgerecht und nicht marktkonform umgesetzt werden, hängt auch vom politischen Druck der nächsten Zeit ab. Die Kämpfe der letzten Jahre haben eine mögliche Wende in der Krankenhauspolitik eingeleitet. Für DIE LINKE ergibt sich daraus nur eine logische Schlussfolgerung: Jetzt erst recht! Lasst uns den Druck auf die Bundesregierung steigern, damit diese selbst Verantwortung übernimmt und gesetzliche Vorgaben macht. Hierzu müssen wir uns vernetzen und auf allen Ebenen dranhängen: In den Ländern, in der Gewerkschaft und in den Krankenhäusern.

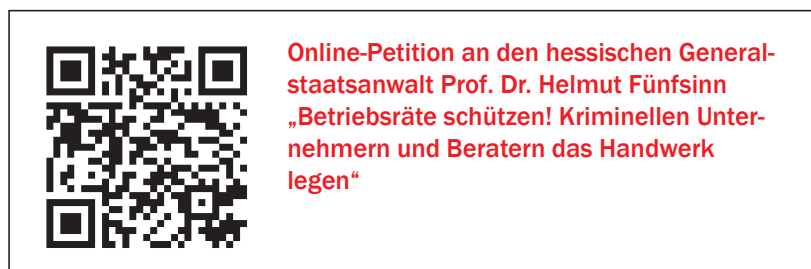
Elmar Wigand

# Legal, illegal, scheißegal: Union Busting am Frankfurter Flughafen

Staatsanwaltschaft und Innenminister gucken zu – besserer Schutz für Betriebsräte nötig!

Der bekannteste deutsche Betriebsratsfresser heißt ohne Zweifel Helmut Naujoks. Um ihm und Konsorten das Handwerk zu legen, ist Druck auf Staatsanwaltschaften nötig. Die aktion./arbeitsunrecht hat deshalb eine Petition an den hessischen Generalstaatsanwalt Dr. Helmut Fünfsinn gestartet. Zum Kampagnenstart am 7. März 2018 fand in Frankfurt die erste Demo zur Durchsetzung des § 119 BetrVG (Strafbarkeit von Betriebsratsbehinderung) in der deutschen Nachkriegsgeschichte statt. Über 30 BR-Mitglieder, Gewerkschafter und Sozialisten zogen vom Arbeitsgericht zur Staatsanwaltschaft. Denn genau zwischen diesen beiden Behörden versickert ein dringend notwendiger Schutz von Betriebsräten und fairen BR-Wahlen – bundesweit.

Am Frankfurter Flughafen war die Arbeitsrechts-Dampframme Naujoks mal wieder erfolgreich: Der BR-Vorsitzende des Security-Dienstleisters I-SEC und sein Stellvertreter schmissen Ende März die Brocken hin. Naujoks hatte die beiden im Auftrag der I-SEC-Manager Ron Langer und Greg Murphy seit September 2017 systematisch mit substanzlosen und konstruierten Kündigungsversuchen zermürbt. Ma-



Online-Petition an den hessischen Generalstaatsanwalt Prof. Dr. Helmut Fünfsinn „Betriebsräte schützen! Kriminellen Unternehmern und Beratern das Handwerk legen“

rio S. und Erhan C. gerieten ins Fadenkreuz, weil sie auf unhaltbare Arbeitsbedingungen in Folge personeller Unterbesetzung hinwiesen und rund 150 Neueinstellungen forderten, um Überstunden abzubauen und vorschriftsmäßige Sicherheitskontrollen zu gewährleisten.

Der Fall I-SEC ist nicht von Pappe. Mit ca. 1.400 Bediensteten organisiert die kompliziert verschachtelte Firma mit Sitz in den Niederlanden Personenkontrollen in der Passagierabfertigung. I-SEC ist auch an den Flughäfen Hannover und Hamburg aktiv. Auftraggeber ist die Bundespolizei, deren oberster Dienstherr der Bundesinnenminister ist. Das Thema Flugsicherheit ist durchaus sensibel. Schilderungen der alltäglichen Passagierkontrollen klingen haarsträubend. Die Verantwortlichen ignorieren und bagatellisieren das Problem, wie eine Anfrage

von LINKE-MdB Jörg Cezanne ergab (BT-Drs.: 19/629).

Was beiden BR-Mitgliedern letztlich das Genick brach, weil es sie den Rückhalt in der Belegschaft kostete, waren diverse Hausverbote. Sie kamen einfach nicht mehr in den Betrieb! Kassierte das Arbeitsgericht – in quälend langsamer Manier – ein Hausverbot, folgte direkt das nächste. Richterlichen Anordnungen zeigte das Management auf Beratung von Naujoks wahlweise die lange Nase oder den Stinkefinger. Drohende Strafgebühren zahlt man in diesen Kreisen aus der Porto-Kasse. Ohne direkten Kontakt zu ihren Kollegen wurden der BR-Vorsitzende und sein Stellvertreter zu Fischen auf dem Trockenen. Zeitgleich wurde die Belegschaft nach Union-Busting-Rezepten systematisch bearbeitet: Lügen, Halbwahrheiten, verdrehte Tatsachen, Unterstellungen,

Versprechungen und reale Vergünstigungen. Mario S. und Erhan C. hatten keine Handhabe, ihre Sicht der Dinge gerade zu rücken. Am Ende bekamen sie nicht einmal die notwendigen Stützunterschriften zusammen, um zur BR-Wahl im Mai 2018 anzutreten. Die Behinderung von Betriebsräten ist eine Straftat. Theoretisch. Das fortgesetzte Treiben von professionellen Fertigmachern wie Naujoks ist tatsächlich nur möglich, weil staatliche Kontrollbehörden nicht eingreifen. Das betrifft einerseits die Staatsanwaltschaft Frankfurt, die tatsächlich nichts unternahm, um die oben geschilderte Behinderung zu unterbinden. LINKE-MdB Jutta Krellmann thematisierte den Fall I-SEC / Naujoks am 15. März 2018 im Bundestag. Sie forderte die Einrichtungen von Schwerpunktstaatsanwaltschaften, um Unternehmerkriminalität gegen Betriebsräte gezielt zu verfolgen.



Elmar Wigand, aktion./arbeitsunrecht e.V.

## Wir sind der neue Bundessprecher\_innen-Rat

Im November 2017 hat die AG Betrieb & Gewerkschaft acht neue Bundessprecher\_innen gewählt. Wir sind ein bunter Haufen von Genossinnen und Genossen, die sowohl ehren- als auch hauptamtlich in Betrieben, Gewerkschaften und unserer Partei aktiv sind. Wir wollen gewerkschaftspolitische Debatten in unserer Partei anstoßen, die Verankerung der LINKEN in den Gewerkschaften weiter vorantreiben und das Fundament unserer AG auf kommunaler Ebene kontinuierlich ausbauen. In den Gremien unserer Partei arbeiten wir nach wie vor mit anderen Zusammenschlüssen solidarisch zusammen.

Wir sind acht Leute, verteilt über die ganze Republik. Wir kriegen nicht jede Auseinandersetzung vor Ort mit. Aber wir wissen: Überall wird im Kleinen gekämpft. Von den dort gemachten Erfahrungen können wir alle lernen. Daher möchten wir euch bitten, uns aktiv zu unterstützen. Hierzu richten wir zwei Aufrufe an euch (siehe unten).

Damit ihr zu unseren Namen auch ein Gesicht vor Augen habt, stellen wir uns hier kurz vor:



Esther Braun (Saarland)



Ulrike Eifler (Hessen)



Jana Seppelt (Berlin)



Sabine Wils (Hamburg)



Jochen Dürr (Baden-Württemberg)



Andreas Nolte (Niedersachsen)



Jan Richter (Berlin)



Torsten Steidten (Sachsen)

### Lernen vom Kampf

In eurem Betrieb gibt es eine spannende Auseinandersetzung und ihr habt einen großartigen Erfolg errungen? Dann schreibt uns davon an agbg@die-linke.de und wir veröffentlichen es. Es muss nicht immer die große Tarifrunde sein. In den Betrieben passiert so viel. Es ist wichtig, die Beschäftigten, die sich in einen Konflikt begeben, aktiv zu unterstützen.

### Ohne Moos nix los!

Wir haben viele Ideen, aber allein vom Wollen habt ihr nichts. Wir denken da z.B. an ein Wochenende zu Theorie und Praxis oder gelegentliche Sonderausgaben unserer Zeitung zu einem thematischen Schwerpunkt. Unser Budget reicht dazu allein nicht aus, deshalb sind wir auf Spenden angewiesen. Wir fragen nicht oft, dafür aber jetzt umso direkter: Bitte spendet zweckgebunden.

Konto: Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Berliner Volksbank eG.

IBAN: DE38100900005000600000, Zweck: Soli AG Betrieb & Gewerkschaft



Bernd Riexinger

# DIE LINKE – Partei in Bewegung

Die neue Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD ignoriert die größten Probleme der Menschheit nahezu vollständig: die globale Zunahme von Kriegen und bewaffneten Konflikten, die Dramatik des Klimawandels, die wachsende Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen. Anlass zur Sorge hat die Mehrheit der Bevölkerung. Weiterhin sind drei Millionen Menschen ohne Lohnarbeit, während andere Berge von Überstunden auf türmen, sich von Job zu Job hangeln, unter Dauerstress leiden. Nach wie vor muss jedes siebte Kind mit Hartz IV über die Runden kommen. In Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen fehlt Personal, und die Mieten in den Ballungsgebieten explodieren ungebremst und fressen einen immer größeren Teil des Lohns auf. Weiterhin keine Sorgen machen müssen sich Krankenhauskonzerne, Autoindustrie, Rüstungskonzerne und Immobilienwirtschaft. Das ist der Hintergrund für die Krise des politischen Systems, für die Krise der Demokratie. Hier liegen die Ursachen dafür, dass viele Menschen nicht

mehr zur Wahl gehen oder den Eindruck haben, ihre Probleme und Anliegen kämen im Kanzleramt und Bundestag nicht vor. Spätestens seit der Agenda 2010 haben Millionen Menschen realisiert, dass die großen Parteien nur Varianten desselben Konzepts anbieten. Doch wer das Gemeingut, öffentliche Dienstleistungen und soziale Infrastruktur schwächt, schwächt auch die Demokratie. Die neoliberale Politik des vergangenen Vierteljahrhunderts hat die Arbeit entwertet, Gemeingut privatisiert und den Sozialstaat gerupft. Die Grundfeste einer sozialen und demokratischen Gesellschaft neu herzustellen, ist das Ziel der Partei DIE LINKE. Dieser Richtungswechsel kann nicht von einer Partei allein geschafft werden. Es bedarf eines gesellschaftlichen Aufbruchs. Der muss das Ganze in den Blick nehmen, nicht nur kleine Verbesserungen: Die Löhne werden nur steigen, wenn Menschen sich wehren können ohne Angst vor Kündigung, Ausweisung oder Hartz IV. Die Mieten werden nur sinken, wenn die Spekulation mit Wohnraum einge-

dämmt und in sozialen Wohnungsbau investiert wird. Investiert werden kann nur, wenn hohe Vermögen und große Erbschaften gerecht besteuert werden. Für DIE LINKE heißt das: Wir werden um gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen. Wir wollen den Boden bereiten für andere parlamentarische Mehrheiten und dafür, dass diese Mehrheiten tatsächliche Alternativen schaffen können. Wir wollen, dass die Menschen ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen; dass Politik nicht etwas ist, was ihnen geschieht, sondern womit sie ihre Interessen durchsetzen. DIE LINKE ist nicht nur ihr Sprachrohr im Parlament, wir sind auch Teil dieser Organisation. Bereits heute setzen sich viele Menschen für eine andere Welt ein – im Kleinen wie im Großen. Sie engagieren sich in Mieterinitiativen, streiken für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen und gehen für Frieden und Abrüstung auf die Straße; sie wehren sich gegen das Hartz-IV-Regime und stellen sich Rassismus und rechter Hetze in den Weg. Aus diesen

Bewegungen ist die Partei DIE LINKE entstanden, sie sind in unsere DNA eingeschrieben und bilden den Kern und das Herz der Partei. Veränderung wird es nicht geben, ohne dass all diese Menschen gemeinsam Druck machen. Sie haben gemeinsame Interessen, auch wenn sie noch viel zu oft getrennt kämpfen. Wir können nicht warten, dass andere die Gesellschaft verändern, wir müssen es selber tun. DIE LINKE ist dazu bereit: Unsere Mitglieder organisieren und unterstützen Protest und Widerstand in der Nachbarschaft, vor Jobcentern und Unternehmen, in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Kitas und Universitäten. Dabei verläuft die Trennung nicht zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen. Sie verläuft zwischen Mieterinnen und Mietern einerseits und Immobilienspekulanten andererseits; sie verläuft zwischen denen, die arbeiten müssen, und denen, die andere für sich arbeiten lassen. Es gilt die Parole: Nicht die Profite, sondern die Menschen müssen im Mittelpunkt der Politik stehen.

Pascal Meiser

## Metall- und Elektroindustrie: Tarifauseinandersetzung als Auftakt für eine Debatte um weitere Arbeitszeitverkürzung nutzen

Anfang Februar einigten sich IG Metall und Metallarbeitgeber in der sechsten Verhandlungsrunde auf einen Tarifabschluss für die Metall- und Elektroindustrie. Vorausgegangen waren wochenlange Warnstreiks. Erst nachdem die IG Metall erstmals zu 24-Stunden-Warnstreiks aufrief, gaben die Metallarbeitgeber ihre Blockadehaltung auf. Um was ging es der IG Metall? Neben sechs Prozent mehr Lohn für die rund 3,9 Millionen Beschäftigten forderte sie die Möglichkeit zur befristeten Arbeitszeitreduzierung mit teilweisem Lohnausgleich für diejenigen, die in Schicht arbeiten oder besonderen familiären Belastungen ausgesetzt sind. Damit hatte die IG Metall selbstbewusst die Machtfrage gestellt: Wer bestimmt darüber, wann und wie lange von wem gearbeitet wird? Ingo Kramer, Präsident des deutschen Arbeitgeberverbandes, wies die Forderung nach mehr Zeitsouveränität daher sogleich brüsk zurück: „Es geht nicht, dass der Arbeitnehmer allein entscheidet, wann er wie viel arbeiten will.“ Der letztendlich erreichte Tarifabschluss ist komplex: 2018 gibt es für die ersten drei Monate rückwirkend Einmalzahlungen. Die Löhne und Gehälter steigen dann zunächst ab April



Warnstreik vor dem Mercedes-Benz Werk in Berlin Marienfelde am 28.02.2018

2018 um 4,3 Prozent. Ab 2019 gibt es jährlich weitere 400 Euro und eine zusätzliche Jahressonderzahlung von 27,5 Prozent eines Monatsgehalts. Damit liegt der Abschluss deutlich unter den geforderten sechs Prozent mehr im Jahr. Umgerechnet auf die lange Laufzeit des Tarifvertrages von 27 Monaten dürften sich die Tarifsteigerungen aber im Rahmen der zu erwartenden Preissteigerung und allgemeinen Produktivitätsentwicklung in Deutschland bewegen, wenn nicht sogar leicht darüber liegen.

Zugleich setzte die IG Metall durch, dass die Beschäftigten künftig ihre wöchentliche Arbeitszeit befristet auf 28 Stunden reduzieren und danach wieder auf Vollzeit erhöhen können. Für Beschäftigte mit besonderen Belastungen gibt es zudem auf Wunsch

acht weitere freie Tage (bei einem geringen Lohnausgleich). Doch der Preis hierfür ist hoch: Im Gegenzug können die Arbeitgeber unter bestimmten Umständen mehr Arbeitsverträge mit bis zu 40 Wochenstunden abschließen. Kein Wunder, dass Gesamtmetall-Präsident Dulger verkündete, dass man genau die Flexibilisierung nach unten und oben vereinbart habe, die von den Arbeitgebern angestrebt worden sei. Viele Konflikte werden sich jetzt weiter auf die betriebliche Ebene verlagern. Dort wird

sich entscheiden, wer von den neuen Arbeitszeitregelungen tatsächlich profitiert. Und dennoch: Der IG Metall ist es ohne Zweifel gelungen, das Thema Arbeitszeitverkürzung wieder in den öffentlichen Fokus zu rücken. Das ist ein deutliches Signal an die Arbeitgeber wie an die Politik: Arbeitszeitverkürzung und mehr Zeitsouveränität dürfen kein Tabu mehr sein. Für die Beschäftigten steht dabei ihre Lebensqualität auf dem Spiel, für die Arbeitgeber geht es um Milliarden an Profiten. DIE LINKE wird die Gewerkschaften weiter unterstützen, die Arbeitszeit schrittweise weiter zu senken und das möglichst bei vollem Lohn- und Personalausgleich, weil Arbeitszeitverkürzung ein wichtiges Mittel gegen Arbeitslosigkeit und für eine gerechte Verteilung der Arbeit ist und weil sich die Beschäftigten so nicht länger fragen müssen: Leben wir eigentlich, um zu arbeiten, oder arbeiten wir, um zu leben?



Pascal Meiser ist gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Ulrike Eifler

# Keine Einheit ohne politisches Mandat

Anfang des Jahres erschien der Aufruf „Sozial statt Groko-Politik“. Er nimmt eine kritische Bewertung des Koalitionsvertrages vor und spricht sich für selbstbewusste, parteiunabhängige Gewerkschaften aus. „Statt den Koalitionsvertrag zu bejubeln, müssen Gewerkschaften ihre inhaltlichen Anforderungen an die Koalition und die Regierung bekräftigen und diese durch öffentlichkeitswirksame Aktionen untermauern“, heißt es darin. 1.400 Kollegen haben inzwischen unterzeichnet, unter ihnen Mitglieder der LINKEN, Sozialdemokraten und Kollegen gänzlich ohne Parteibuch. Er kann als Beitrag zur innergewerkschaftlichen Debatte um politische Orientierung verstanden werden.

Im Kern geht es dabei um eine Ausrichtung der Gewerkschaften jenseits von Sozialpartnerschaft und Klassenkompromiss. Die Diskussion ist keine neue. Sie reicht in die Anfänge der Arbeiterbewegung zurück und ist eng verknüpft mit der Frage nach dem politischen Mandat: Sollen sich Gewerkschaften auf ökonomische Kämpfe beschränken und die politischen Kämpfe aus Gründen der Neutralität an eine Partei übertragen? Rosa Luxemburg sah darin bestenfalls einen „Schein von Neutralität“ und fürchtete eine Schwächung: Ökonomische Kämpfe ohne politischen Adressaten drohen zu zersplittern und politische Kämpfe ohne betriebliche Verankerung beschränken sich auf eine repräsentative Ebene. Ökonomische und politische Fragen waren für sie daher nicht voneinander zu trennen.

Einige Jahre später wurde dieser Wunsch nach Neutralität teuer bezahlt. Denn die Arbeiterbewegung war am Vorabend des Faschismus nicht nur aufgrund ihrer parteipolitischen Zersplittertheit handlungsunfähig, sondern auch aufgrund ihrer strategischen Ausrichtung. So glaubte die ADGB-Führung bis Anfang Mai 1933 daran, mit einer Politik der Anpassung die Organisation zu erhalten. Sie verkannte, dass Faschismus eine Herrschaftsform des Kapitals ist und dass das Kapital immer dann zum Faschismus greift, wenn seine Herrschaft mit der parlamentarischen Regierungsform nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Für die organisierte Arbeiterbewegung ist im Faschismus kein Platz. Dieser Irrtum, der die Gewerkschaften direkt in die Katastrophe führte, verpflichtet uns heute zur Gründlichkeit in der politischen Analyse. Er zeigt zudem, wie sehr politische und ökonomische Kämpfe zusammengehören.

Nach 1945 formierten sich die Gewerkschaften auf dem Boden der Einheit. Eine Gewerkschaft für alle, unabhängig von Branchenzugehörigkeit, konfessioneller Orientierung und parteipolitischer Präferenz. Eine für alle – weil es die Einheit ist, die stärkt. Doch Einheit ist weder bürokratischer Zustand noch Selbstzweck, sondern die Voraussetzung für Handlungsfähigkeit. Und zur Handlungsfähigkeit gehört auch, die gesamte Gesellschaft in den Blick zu nehmen. Deshalb ge-



## FÜR EINE SOZIALE ALTERNATIVE ZUR POLITIK DER GROSSEN KOALITION!

### Aufruf aktiver Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter

Der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD wird trotz einiger positiver Elemente wie beispielsweise die paritätischen Beiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung den Anforderungen aus gewerkschaftlicher Sicht nicht gerecht.

#### Keine Umverteilung

Obwohl die Ungleichheit in Deutschland wieder das Ausmaß von vor hundert Jahren angenommen hat, verzichtet die GroKo auf Umverteilung von oben nach unten: keine Vermögenssteuer, keine Änderung der Erbschaftsteuer, keine Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Die geplante Abschmelzung des Soli-Zuschlages führt zu erheblichen Einnahmefällen der öffentlichen Hand und entlastet vor allem Haushalte mit relativ hohen Einkommen.

#### Investitionsstau

Der Investitionsstau in Deutschland beläuft sich auf hohe dreistellige Milliardenbeträge. Es gibt riesige Bedarfe für Verbesserungen in der Infrastruktur und mehr Personal in Bildung, Gesundheitswesen und Pflege. Statt diese Herausforderungen ernsthaft anzugehen, setzt die große Koalition auf ein „weiter so“ mit nur kleinen und völlig unzureichenden Korrekturen.

#### Altersarmut

Die Stabilisierung des Rentenniveaus bis 2025 ist ein Scheinerfolg. Laut Rentenversicherungsbericht liegt das Netto Rentenniveau vor Steuern bis einschließlich 2024 sowieso mindestens bei 48 Prozent und knickt erst danach nach unten ab. Die geplante Grundrente ist unzureichend. Wenn die falschen Weichenstellungen in der Rentenpolitik nicht korrigiert werden, droht Millionen Beschäftigten Altersarmut.

#### Zweiklassenmedizin und Pflegeotstand

Trotz der geplanten Wiedereinführung der paritätischen Beitragssätze sind wir meilenweit von einem solidarischen Gesundheitssystem entfernt: Tatsächliche hälftige Finanzierung der Gesundheitsversorgung, Schritte hin zu einer Bürgerversicherung, Einschränkung der Anbieterdominanz? Alles Fehlzanzeige. Die Unterfinanzierung der Pflege bleibt bestehen, die 8.000 neu geplanten Stellen greifen viel zu kurz.

#### Arbeitsmarkt

Nichts findet sich zu dringend notwendigen Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigung und den Missbrauch von Werkverträgen, zur Stärkung des Mindestlohns und der Tarifverträge, zur sozialen Regulierung digitaler Arbeit. Die Einschränkung grundloser Befristungen ist nur ein schwacher Kompromiss. Midi-Jobs sollen sogar ausgeweitet werden. Auch in der Arbeitsmarktpolitik gibt es keinen Kurswechsel: keine Verbesserung der durch die „Hartz-Gesetze“ eingeschränkten Leistungen (Bezugsdauer Arbeitslosengeld I,

Leistungshöhe Arbeitslosengeld II, Zumutbarkeitsregelungen und Sanktionen). Unter dem Strich werden so in Deutschland prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne zementiert statt eingedämmt.

Der Gesamtbeitragsatz zu den Sozialversicherungen soll unter 40 Prozent gehalten werden. Damit werden Leistungskürzungen im Verlauf der 2020er Jahre vorprogrammiert.

#### Sündenbock Geflüchtete

Das Ganze wird dann noch garniert mit Formulierungen, die stark an die von der CSU geforderte Obergrenze von Flüchtlingen erinnern. Suggestiert wird, dass Deutschland keine Verantwortung für die Fluchtursachen trägt. Zudem soll verstärkt aufgerüstet werden und Deutschland sich weiter an Militäreinsätzen des Westens beteiligen. Suggestiert wird ferner, dass etwaige Belastungen durch die Gesellschaft nicht aushaltbar wären. Beides ist falsch.

#### Gewerkschaften müssen ihr politisches Mandat offensiv wahrnehmen!

Die Umsetzung des GroKo-Vertrages wäre ungeeignet, die realen gesellschaftlichen Probleme, insbesondere die Armuts- und Reichtumsentwicklung, zu lösen. Statt den Koalitionsvertrag zu bejubeln, müssen die Gewerkschaften ihre inhaltlichen Anforderungen an die Koalition und die Regierung bekräftigen und diese durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen untermauern. Die Gewerkschaften müssen konsequent ihre Aufgabe als parteipolitisch unabhängige Interessenvertretung der von Lohnarbeit abhängigen Menschen wahrnehmen. Eine soziale Alternative, ein Politikwechsel für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit und für Frieden ist und bleibt notwendig.

#### Wir engagieren uns im DGB und seinen Gewerkschaften insbesondere für:

- eine Politik, die gute Arbeit für alle schaffen will, mit voller sozialer und tariflicher Absicherung und mehr Beschäftigung in gesellschaftlichen Bedarfsbereichen.
- eine Steuerpolitik, die auf Mehreinnahmen zielt und von oben nach unten umverteilt (z.B. Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Unternehmenssteuer und Spitzensteuersatz)
- eine Sozialpolitik, die ein auskömmliches Leben für alle ermöglicht (z.B. Nein zur Rente mit 67, Anhebung des Rentenniveaus auf vor Agenda-Niveau, Erwerbstätigen- und Bürgerversicherung, Anhebung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeld I, deutliche Anhebung des Arbeitslosengeld II, Sanktionsfreiheit des Existenzminimums)
- eine Politik gegenüber Migrantinnen und Migranten, die verdeutlicht: Der Gegensatz verläuft nicht zwischen drinnen und draußen, sondern zwischen oben und unten! Solidarität und Verständigung statt Rassismus und Sündenbockpolitik.

<https://www-sozial-statt.grokopolitik.de>

V. i. S. d. P.: Michael Niedworok c/o sozial-statt-grokopolitik.de  
Eythstraße 58, 12105 Berlin; Mail: admin@sozial-statt-grokopolitik.de  
Tel.: 030/69507896



SOZIAL STATT  
GROKOPOLITIK



### Ja, ich will

- ... regelmäßig die betrieb & gewerkschaft zugeschickt bekommen.

### Ja, ich will mehr

- ... Informationen über die AG Betrieb & Gewerkschaft der Linken.

### Nein!

- Ich will jetzt endlich mal Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

### Ja, ich möchte

- ... regelmäßig zu Veranstaltungen eingeladen werden und deshalb in der AG Betrieb & Gewerkschaft aktiv mitarbeiten

Name

Anschrift

E-Mail-Adresse

Gewerkschaft

Einsenden an DIE LINKE, AG Betrieb & Gewerkschaft, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

**DIE LINKE.**  
& betrieb  
& gewerkschaft

wird herausgegeben vom Parteivorstand der Partei DIE LINKE, AG Betrieb & Gewerkschaft  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

#### Bankverbindung:

Berliner Volksbank eG  
IBAN: DE38100900005000600000

Telefon: (030) 24 00 96 73

Fax: (030) 24 00 94 80

E-Mail: ag.bg@die-linke.de

Layout: Michael Pickardt

Druck: Eversfrank Berlin GmbH

Erscheinungsweise: Drei Ausgaben im Jahr

Redaktion: Jan Richter, Jana Seppelt  
Gezeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren, nicht der Redaktion wieder.

hören Einheitsgewerkschaft und politisches Mandat zusammen: Ohne den Zustand der Einheit werden die Gewerkschaften ihr politisches Mandat nicht wahrnehmen können und ohne die Wahrnehmung des politischen Mandats lässt sich die Einheit schwerlich herstellen.

Heute ergibt sich die Notwendigkeit für die Einheit allerdings nicht mehr allein aus den historischen Erfahrungen, sondern vielmehr aus einem aktuellen Zustand der Zersplitterung. Die neoliberalen Arbeitsmarktreformen haben zu einer Ausweitung von unsicherer Beschäftigung geführt. Sie haben die Arbeiterklasse in Gruppen gespalten, die als Industriearbeiter, Leiharbeiter oder Niedriglöhner unterschiedliche Erfahrungen machen und dabei verschiedene Interessen entwickeln. Für Arbeitgeber ist es leichter geworden, ihr unternehmerisches Risiko auf die Beschäftigten abzuwälzen und diese gegeneinander auszuspielen. Im Ergebnis sind Belegschaften erpressbarer und die Gegenwehr im Betrieb schwieriger geworden.

Mit ihrer Initiative für ein neues Normalarbeitsverhältnis nehmen Bernd Riexinger und Lia Becker dieses Problem in den Blick und generieren Vorschläge, die verschiedenen Beschäftigtengruppen über den Kampf für ein neues sicheres Beschäftigungsverhältnis jenseits von Niedriglohn und Prekarität zusammenzuführen. Ihre Initiative ist ein wertvoller Impuls für eine neue gewerkschaftspolitische Debatte. Es sind die historischen Erfahrungen und aktuellen Herausforderungen, die die Gewerkschaften gleichermaßen zu Einheit und politischem Mandat aufordern. Die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung darum zu suchen und zu führen, wird entscheidend sein für die Ausrichtung und das Schicksal der Gewerkschaften.



Ulrike Eifler ist Bundessprecherin der AG Betrieb & Gewerkschaft und aktiv in der LAG Hessen